



---

**Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft,  
Forsten und Naturschutz**

28. Sitzung (öffentlich)

28. November 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 13.00 Uhr

Vorsitz: Marie-Luise Fasse (CDU)

Stenografin: Gertrud Schröder-Djug

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2003**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/2800 und 13/3150 (Erste Ergänzungsvorlage)

Vorlagen 13/1587, 13/1588 und 13/1694

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die  
Jahre 2002 bis 2006**

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Drucksache 13/2801

Der Ausschuss stimmt über die von der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion eingereichten Änderungseinanträge ab. Das jeweilige Abstimmungsergebnis und die Begründung sind der in Drucksache 13/3310 enthaltenen Vorlage 13/1926 zu entnehmen.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, dem Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - zuzustimmen.

## **2 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/2387

21

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz stimmt den Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen bei Abwesenheit der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion einstimmig zu.

Sodann stimmt der Ausschuss dem geänderten Gesetzentwurf der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/2387 ebenfalls bei Abwesenheit der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion einstimmig zu.

## **3 EU-Vorgaben 1:1 umsetzen - Grundsätze der Verhältnismäßigkeit bei der Wahl von Schutzfestsetzungen im Bereich von FFH- und Vogelschutzgebieten beachten**

Antrag der FDP-Fraktion  
Drucksache 13/3048

23

Dieser Tagesordnungspunkt wird vertagt.

**4 Kontrolliert-integrierten Obst- und Gemüseanbau endlich auch in NRW fördern**Antrag der CDU-Fraktion  
Drucksache 13/3203

Die Beratung wird vertagt.

23

**5 Landwirtschaftliche Wildhaltung in NRW - Umsetzung des Beschlusses der Agrarministerkonferenz vom September 1999**

23

- Bericht der Ministerin Bärbel Höhn, kurze Aussprache.

\*\*\*\*\*



Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz  
28. Sitzung (öffentlich)

28.11.2002  
sd-beh

Im Haushaltsplan sei in den Erläuterungen zu Titel 685 00 auf Seite 123 ein Betrag von 50.000 € vorgesehen. Er frage, inwieweit diese Erläuterung verbindlich sei.

**Irmgard Schmid (SPD)** sieht Konsens zwischen den Fraktionen. Hier handele es sich um keine disponible Haushaltsposition.

Die SPD-Fraktion prüfe zurzeit mit Blick auf das Milch- und Fettgesetz, ob es nicht andere Möglichkeiten gebe. Der wissenschaftliche Mitarbeiter sei allerdings längerfristig erkrankt und das Thema sei zurückgestellt worden. Das sei dem Verband der Milchwirtschaft bekannt.

**Ministerin Bärbel Höhn** erklärt, die 50.000 € würden der Milchwirtschaft zur Verfügung gestellt. Auf welche Weise allerdings sollte nicht festgeschrieben werden. Es solle ja verhandelt werden. Das Monitum des Landesrechnungshofs liege vor. Dass die Milchwirtschaft der Vereinigung 50.000 € erhalten solle, sei unstrittig.

**Eckhard Uhlenberg (CDU)**, diese Zusage reiche aus, sodass er keinen diesbezüglichen Antrag stellen werde.

Den Aufruf des lfd. **Antrags Nr. 26** der CDU-Fraktion zu **Kapitel 10 170 - Landwirtschaftskammern Rheinland in Bonn und Westfalen-Lippe in Münster und Direktoren der Landwirtschaftskammer Rheinland und Westfalen-Lippe als Landesbeauftragte - Titel 685 00 - Finanzausweisungen an die Landwirtschaftskammern** - nimmt **Eckhard Uhlenberg (CDU)** zum Anlass, darauf hinzuweisen, dass die Landwirtschaftskammern bereits in den letzten Jahren immer weniger Mittel vom Land erhalten hätten, wie das vergleichbar bei keinem anderen Verband in Nordrhein-Westfalen geschehen sei.

Die Beträge für andere Verbände, die den Koalitionsfraktionen näher stünden, seien in den letzten Jahren sogar aufgestockt worden. Die Reduzierung sei von 60 Millionen DM über 50 Millionen DM jetzt auf 30 Millionen DM oder 15 Millionen € erfolgt.

Die beiden Landwirtschaftskammern hätten in den vergangenen Jahren schon über 300 Stellen abgebaut. Sie hätten einen wesentlichen Beitrag zur Haushaltssanierung geleistet. Da aber über 2/3 der Ausgaben der Landwirtschaftskammern oder der kommenden Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen Personalausgaben seien, könne man derartige Kürzungen nicht verantworten. Die Selbstverwaltung der Landwirtschaftskammern in Nordrhein-Westfalen müsse erhalten bleiben. Sie stelle auch ein Stück Unabhängigkeit von der Politik der Landesregierung dar. Er frage die Ministerin, ob die 13 Millionen €, die jetzt im Haushaltsplan stünden, überhaupt sicher seien.

Neben dieser Position gebe es noch die Position der Verwaltungskosten, erläutert **Ministerin Bärbel Höhn**. Das seien knapp 90 Millionen €, die nicht angetastet worden seien.

Auch sie halte die Einschnidungen, die jetzt vorgenommen worden seien, für sehr hart. Nächste Woche komme es offiziell zur Fusion. Dadurch werde man Einsparpotenziale erwirt-

schaften. Was im nächsten Jahr sein werde, könne sie definitiv heute nicht sagen. Es sei allerdings nicht geplant, noch weiter zu kürzen.

**Irmgard Schmid (SPD)** erklärt, auch ihre Fraktion hätte gerne den Kammern noch weiter geholfen. Leider lasse das die Haushaltslage nicht zu.

Was den staatlichen Bereich der Landwirtschaftskammern angehe, schlage sie vor, Vergleiche zu anderen Einrichtungen des Landes anzustellen. Die Gespräche liefen, damit akzeptable Lösungen erreicht würden.

Dass die Ministerin nicht an die Verwaltungskosten herangehe, hält **Eckhard Uhlenberg (CDU)** für selbstverständlich. Dabei handele es sich um Kostenerstattungen. Allein ein Drittel der 10 %igen Kürzungen im Einzelplan 10 werde bei den Kammern vorgenommen. Das sei in Relation zu den anderen Kürzungen nicht fair.

Auch wenn mit der Fusion Synergieeffekte in den nächsten Jahren verbunden seien, könne man die Leute nicht von einem Tag auf den anderen herausschmeißen. Die Probleme würden vonseiten des Landes auf die Kammern verlagert.

**Ministerin Bärbel Höhn** erwidert, die gesamten Aufwendungen für die Kammern machten im Gesamthaushalt 12 % aus. Der größte Teil ihres Haushalts sei nicht variabel. Es bleibe nur ein kleiner Rest, bei dem die Einsparungen erbracht werden müssten.

Die Abwasserabgabe sei zweckgebunden. An die kofinanzierten Mittel wolle sie nicht herangehen. An die Verwaltungskostenerstattung gehe sie auch nicht. Der Rest sei so klein, dass man wirklich an die harten Dinge gehen müsse.

Frau Schmid habe gesagt, dass man auch von den Kammern verlangen müsse, dass sie ihre Rücklagen heranzögen. Es gehe nicht an, dass das Land Jahr für Jahr sein Tafelsilber verkaufe, um den Kammern die Zuschüsse zu geben, obwohl die Kammern eine Menge an Vermögen hätten. Das Land sei an die Rücklagen gegangen, was von den Kammern auch erwartet werde.

**Wilhelm Lieven (CDU)** hält fest, die Kürzung sei unglaublich hoch. Er habe gar nichts dagegen, Vermögen einzusetzen und mitzufinanzieren. In dieser Höhe sei das aber gar nicht möglich. Er wäre den Abgeordneten der Koalitionsfraktionen dankbar, wenn sie wenigstens einer Erhöhung des Ansatzes um 2,4 Millionen € zustimmen könnten.

Die Kammern hätten solche Kürzungen nicht verdient. Mit der Kammerumlage seien die Bauern an der Finanzierung der Landwirtschaftskammer beteiligt. Erhebliche Personalkosten würden mitfinanziert. Die Reduzierung der Finanzzuweisungen von 26 Millionen auf 13 Millionen € sei eine Halbierung der Mittel, die zur Bewirtschaftung der Landwirtschaftskammer und aller Sonderaufgaben zur Verfügung stünden. Vielleicht gebe es ja noch eine Möglichkeit, das zu ändern.